

Für einen zukunftsfähigen und sicher finanzierten Industriestandort

Geld, da wo wir es brauchen

Die Dekarbonisierung der Industrie erfordert eine umfassende Finanzierungsstrategie, basierend auf einer effizienten Verzahnung zwischen Realwirtschaft und privater Finanzbranche, unterstützt durch einen Planungs- und Erwartungssicherheit schaffenden Politikrahmen. Diesen Ansatz verfolgt die überparteiliche und branchenübergreifende Initiative „Made in Germany 2030“, die hierfür als Plattform eine Strategie entwickeln will.

Von Kristina Jeromin

Deutschlands wirtschaftliche Kraft beruht auf seiner leistungsstarken, wettbewerbsfähigen und diversifizierten Industrie mit langer Geschichte. Sie war und ist nicht nur ein Jobmotor, sondern ein zentraler Pfeiler unserer Volkswirtschaft. Aktuell stehen wir mit der Dekarbonisierung wieder vor einer transformatorischen Aufgabe, die es gemeinsam in einen Erfolg zu verwandeln gilt. Deutschland wird Schritt für Schritt zum klimaneutralen Industrieland und verbindet dies mit dem Anspruch, mit seinen Angeboten und Produkten auch künftig eine führende Rolle auf den Weltmärkten zu spielen. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, zukunftsstragende Infrastrukturen, gute Arbeitsplätze und stabiler Wohlstand in Deutschland sind Leitgedanken der Initiative „Made in Germany 2030“.

Die im Mai 2024 ins Leben gerufene Initiative stellt dabei die Transformationsfinanzierung von Unternehmen in den Mittelpunkt und will dafür eine Strategie entwickeln. Auf 860 Mrd. Euro schätzen Expertinnen und Experten die kumulierten Mehrinvestitionen von 2021 bis 2030, unter anderem für den Umbau der Energieversorgung. In der Industrie betragen die notwendigen Mehrinvestitionen in diesem Zeitraum 50 Mrd. Euro. Im Dialog entwickeln Vertreterinnen und Vertreter von Industrie, Finanzsystem, Politik und Wissenschaft pragmatische und sektorspezifische Lösungen. Sie vereinbaren praxisorientierte, gemeinsame Umsetzungswege entlang vertrauensstiftenden Transitionsplänen. Ziel ist es, dass die Finanzierung des Strukturwandels einerseits effizienter und effektiver, andererseits in dem erforderlichen Volumen und stabil gestaltet werden kann.

Transformationsfinanzierung – Was ist das eigentlich?

Hinter dem Schlagwort Transformationsfinanzierung verbirgt sich die konsequente, strategische Einbindung des Finanzsystems in die nachhaltige Ausrichtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wertschöpfung. Es geht dabei um die Entwicklung und Umsetzung von Lösungsansätzen zur gezielten Befähigung der Finanzbranche zur Begleitung des beschriebenen Strukturwandels. Diese haben im gleichen Zuge das Potenzial, die von Krisen geschüttelte Branche selbst zukunftsfähig aufzustellen. Von der Investitionsentscheidung am Kapitalmarkt, über die klassische Kreditfinanzierung bis hin zum Versicherungsgeschäft – jede Form der Kapitalallokation sollte umfassend informiert getroffen werden. Das bedeutet, dass alle wesentlichen Wirkungsaspekte – positive wie negative – berücksichtigt werden müssen, um eine verantwortliche und wirtschaftlich vernünftige Entscheidung zu treffen und Finanzstabilität zu fördern.

Um zu gewährleisten, dass über gezielte Finanzierungsstrategien an der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes und damit an Beschäftigungssicherheit gearbeitet wird, und um sicherzustellen, dass die gewählten Maßnahmen und Instrumente auf die Erreichung der genannten Ziele einzahlen, ist eine transparente und verlässliche Datengrundlage unabdingbar. Dabei reicht im Rahmen der Unternehmensfinanzierung der Blick auf die klassischen Geschäftszahlen der vergangenen Jahre schon lange nicht mehr aus, um eine ganzheitliche Aussage bezüglich der Nachhaltigkeit und damit der Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens und seiner Wertschöpfungsketten zu treffen.

Der Schlüssel sind sogenannte ESG-(Environmental, Social, Governance)Informationen. Die Unternehmen sind dazu aufgefordert, diese Daten zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit sowie zu Aspekten der Unternehmensführung offenzulegen und wenn möglich in die klassische Finanzberichterstattung zu integrieren. Dabei sollen diese Informationen nicht nur rückblickend, sondern vorausschauend berichtet werden und eingebettet sein in mittel- bis langfristige Risiko- und Chancenbemessungssysteme. Eine solche Berichterstattung hilft den Finanzmarktakteur*innen, die aktuelle und zukünftige Geschäftslage zu verstehen, und ermöglicht und erlaubt den Unternehmen durch eine vorausschauende Identifikation von Chancen und Risiken die frühzeitige Implementierung von Anpassungsstrategien.

Um die Mobilisierung von privatem Kapital als breitenwirksamen Hebel für einen erfolgreichen Strukturwandel zu nutzen, bedarf es allerdings eines effizienten Austauschs von wesentlichen, standardisierten Daten zwischen der Realwirtschaft und der Finanzbranche. Denn ohne eine aussagekräftige Datengrundlage, deren voranschreitende Standardisierung und damit Vergleichbarkeit wird eine gezielte Steuerung entlang verbindlicher Transitionspläne schwer. Hier kommt nun eine weitere notwendige Partnerin ins Spiel, um die Potenziale eines nachhaltigen Finanzsystems umfassend zu nutzen: die Politik. Denn der Schulterschluss von Finanzbranche und Realwirtschaft zugunsten eines gelingenden Strukturwandels muss durch Planungs- und Erwartungssicherheit unterstützt werden. Hierfür bedarf es eines kohärenten und ambitionierten regulatorischen Rahmens.

Transformationsfinanzierung und die Rolle der Politik

Klar ist: Die Politik muss dringend neue Antworten und Strategien liefern. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist ein Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland, doch es fehlt an ganzheitlichen und konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsvorschlägen. Mit dem Sondervermögen für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz sowie der geplanten Reform der Schuldenbremse wurden zwar erste entscheidende Weichen gestellt und auch auf europäischer Ebene setzt der Clean Industrial Deal ein wichtiges Signal für Dekarbonisierung und industrielle Transformation. Doch bislang ist weiterhin unklar, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen.

Fakt ist: Das Sondervermögen kann den Bedarf nur kurzfristig decken. Zudem mangelt es an effizienten Strukturen, um die Mittel gezielt und wirkungsvoll einzusetzen – mehr Geld allein führt nicht automatisch zu besseren Ergebnissen. Unbestreitbar ist auch, dass der Staat diesen Wandel nicht allein stemmen kann und auch nicht sollte. Denn der vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) identifizierte Investitionsbedarf in Höhe von 1,4 Billionen Euro bis 2030 trifft auf einen starken Finanzstandort Deutschland und Europa. Privates Kapital muss und kann mobilisiert werden, um die Transformation zum Erfolg zu machen.

Es braucht daher dringend eine umfassende, zukunftsichere und tragfähige Industriestrategie, die alle Fäden zusammenführt. Grundlage dafür muss eine enge Verzahnung und gemeinsames Handeln von Politik, Industrie und Finanzbranche sein. Um die notwendigen Investitionen am Standort Deutschland zu befeuern, braucht es eine klare Finanzierungsstrategie und konkrete Umsetzungspläne je Industriesektor. Nur so haben Unternehmen die nötige Orientierung und Sicherheit.

Um eine solche Strategie zu erarbeiten, sollte die nächste Bundesregierung fünf Aspekte berücksichtigen:

- Weg mit den Scheuklappen: Eine tragfähige Industriestrategie muss den ganzen Standort mit allen Sektoren berück-

sichtigen. Denn es geht um das große Ganze, nicht um weiteres Stückwerk. Die geübte deutsche Praxis, dass jedes Ministerium und jede Branche ihre eigenen Pläne ohne Rücksicht auf den Gesamtkontext entwickelt, muss überwunden werden. Nur ressortübergreifendes Denken und Handeln bringen uns weiter. Gleichzeitig müssen die Perspektiven von Industrie und Finanzbranche frühzeitig in den politischen Prozess integriert werden, um Praxisnähe und Umsetzbarkeit zu gewährleisten.

- Schluss mit Entweder-oder: Die lähmende Dichotomie von nur Staat oder nur Markt muss beendet werden. Wir werden die Transformation nur erfolgreich gestalten können, wenn öffentliche und private Investitionen Hand in Hand gehen. Geteilte Ziele und ein verlässliches Ineinandergreifen der Verantwortlichkeiten sind hierfür unabdingbar. Modelle wie Public-Private-Partnerships sind ein möglicher Schlüssel, um groß angelegte Projekte wie den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur oder nachhaltige Produktionsanlagen zügig voranzutreiben. Staatliche Garantien und Risikoübernahmen können zusätzlich Anreize für private Investitionen in innovative Technologien schaffen.
- Zeitgemäße Handlungsstrukturen schaffen: Es braucht eine unabhängige Plattform, um die Zusammenarbeit zwischen Politik, Industrie und Finanzbranche zu gewährleisten. Hier werden sektorale Pfade entwickelt, die den Businessplan Deutschland tragen und seine Umsetzung begleiten. Die Wirksamkeit der jeweiligen Maßnahmen wird maßgeblich von den Akteuren selbst überprüft und an die Politik berichtet. So können potenzielle Herausforderungen frühzeitig erkannt und adressiert werden. Gleichzeitig schafft eine solche Struktur Transparenz und ermöglicht die effektive Koordination komplexer Transformationsprozesse.
- Führungsrolle in Europa akzeptieren: Deutschland muss vom Blockierer wieder zum Treiber und im besten Sinne Koordinator positiver Veränderungen in Europa werden. Wir haben uns in den letzten Jahren zu wenig gestalterisch eingebracht. Denn natürlich beschränkt sich eine wettbewerbsfähige Industriepolitik nicht auf die nationalen Grenzen. Nur entschlossene europäische Zusammenarbeit sichert uns langfristig eine Führungsrolle im globalen Wettbewerb. Vom nationalen Plan ausgehend, sollten daher wieder Impulse aus Berlin für die Weiterentwicklung der europäischen Volkswirtschaften kommen.

AUTORIN + KONTAKT

Dr. Kristina Jeromin ist Expertin für Transformationsfinanzierung. Sie ist aktuell Co-Leiterin der von der Stiftung Mercator finanzierten Initiative Made in Germany 2030.

Made in Germany 2030, WWF Deutschland,
Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin.
E-Mail: post@made-in-germany-2030.de

